

Open Source Regierung

Kolumne: Zukunft digital gestalten

Category: Opinion

geschrieben von Tobias Hager | 6. Juli 2026



Open Source Regierung

Kolumne: Zukunft digital gestalten

Deutschland diskutiert Digitalisierung, als hätte man in den 90ern aufgehört, Technik zu verstehen. Während Behörden noch Faxgeräte streicheln, revolutioniert Open Source längst die Regierungsarbeit weltweit – nur nicht hierzulande. Zeit für eine schonungslose Kolumne, die zeigt, warum Open Source nicht bloß eine nette Idee für Nerds ist, sondern der einzig logische Weg in eine digitale Zukunft, die diesen Namen verdient. Willkommen im Maschinenraum der Verwaltung, wo Proprietärlösungen sterben und Transparenz zum Staatsziel wird.

- Warum Open Source in der öffentlichen Verwaltung ein Gamechanger ist – und warum Deutschland trotzdem zögert
- Die größten Mythen über Open Source und Regierungen – und was wirklich dahintersteckt
- Technische Voraussetzungen für eine echte Open Source Regierung
- Was moderne Open Source Plattformen heute leisten – von Linux über Nextcloud bis Open Data APIs
- Wie Open Source Sicherheit, Transparenz und Innovationskraft fördert
- Die größten Hürden: Ausschreibungsrecht, Vendor-Lock-in und politische Ignoranz
- Schritt-für-Schritt: So gelingt der Open Source-Umstieg für Behörden tatsächlich
- Warum Open Source weit mehr ist als “kostenlos” – und wie es digitale Souveränität ermöglicht
- Ein kritisches Fazit zur deutschen Digitalpolitik – und ein Ausblick auf echte Zukunftsfähigkeit

Open Source Regierung? Klingt nach idealistischem Tech-Talk, ist aber die härteste und ehrlichste Antwort auf analoge Bürokratie, teure Sackgassen-Software und digitale Abhängigkeit von US-Konzernen. Während andere Länder längst auf offene Plattformen, verifizierbaren Quellcode und Community-getriebene Entwicklung setzen, denkt die deutsche Verwaltung noch immer, dass “digitalisieren” bedeutet, PDFs per E-Mail zu verschicken. Wer 2025 noch immer glaubt, Open Source sei zu unsicher, zu komplex oder nur was für Hobby-Programmierer, hat den Schuss nicht gehört – und setzt die Zukunftsfähigkeit des Staates aufs Spiel.

Was heißt Open Source Regierung eigentlich? Es geht nicht um ein paar nette Tools, sondern um eine radikale Transformation: Software, deren Code öffentlich ist, von unabhängigen Experten geprüft werden kann und bei der jede Abhängigkeit zu einzelnen Herstellern aufgebrochen wird. Das bedeutet: weniger Lizenzkosten, mehr Kontrolle, größere Innovationsgeschwindigkeit – und echte digitale Souveränität. Kurz: Wer Open Source regiert, regiert zukunftssicher, unabhängig und transparent.

Der Haken? Die deutsche Verwaltung liebt ihre alten Zöpfe. Proprietärlösungen, die man seit Jahrzehnten kennt, werden mit Zähnen und Klauen verteidigt. Ausschreibungen werden so geschrieben, dass am Ende immer dieselben US-Giganten gewinnen. Und Politiker argumentieren mit absurden Mythen, die spätestens seit der Snowden-Affäre wie blanker Hohn wirken. Zeit, diese Ausreden zu entlarven und zu zeigen, was technisch wirklich möglich ist – und warum die nächsten Jahre zur Open Source-Dekade werden müssen.

Open Source in der Verwaltung: Warum es ohne offene

Technologien keine digitale Zukunft gibt

Der Begriff Open Source wird in der öffentlichen Verwaltung gerne wie ein Fremdwort behandelt. Dabei ist die Idee so alt wie das Internet selbst: Software, deren Quellcode für alle einsehbar ist, die beliebig verändert, verteilt und weiterentwickelt werden darf. Länder wie Frankreich, die Niederlande oder Estland sind längst Vorreiter und setzen auf offene Technologien, um ihre staatliche IT-Infrastruktur unabhängig und flexibel zu gestalten. Deutschland hingegen? Verschanzt sich hinter uralten Microsoft-Verträgen, SAP-Monokulturen und Software, deren Funktionslogik selbst der Hersteller nicht mehr erklären kann.

Das Fatale: Proprietäre Software schließt aus, bindet langfristig an einen Anbieter (Vendor-Lock-in) und verhindert echte Innovation. Updates dauern Monate, Schnittstellen sind undokumentiert, und jede neue Anforderung kostet ein kleines Vermögen. Open Source bricht mit diesem System: Jeder kann den Code einsehen, Sicherheitslücken werden transparent diskutiert und behoben, und Erweiterungen entstehen nicht, weil ein Konzern sie für profitabel hält, sondern weil Bedarf besteht. Plötzlich ist nicht mehr der teuerste Anbieter das Maß aller Dinge, sondern der beste technische Ansatz.

Doch Open Source ist kein Selbstzweck. Es geht um handfeste Vorteile: Interoperabilität (Systeme sprechen miteinander), offene Standards, Austauschbarkeit einzelner Komponenten, niedrigere Einstiegshürden für Entwickler und eine Community, die Fehler schneller findet als jeder Inhouse-Admin. Wer offene Technologien ignoriert, entscheidet sich bewusst für Intransparenz, technische Abhängigkeit und Innovationsstau – und macht sich damit digital zur Geisel der Vergangenheit.

Zukunft digital gestalten heißt: Offenheit als Prinzip, nicht als Option. Nur so wird Verwaltung zum Motor statt zum Bremsklotz der Digitalisierung.

Mythen und Realitäten: Was Open Source Regierungen wirklich bringt

“Open Source ist unsicher”, “Niemand übernimmt Verantwortung”, “Der Support ist ein Albtraum” – willkommen im Märchenwald deutscher IT-Politik. Die Realität sieht anders aus: Open Source Projekte wie Linux, Apache oder PostgreSQL betreiben heute das Rückgrat des gesamten Internets. Ohne sie würde kein Cloud-Service, keine Banking-App und kein moderner Webdienst funktionieren. Wer Open Source für unsicher hält, hat das Prinzip nicht verstanden: Offener Code kann von jedem geprüft werden. Hinter verschlossenen Türen blühen Sicherheitslücken, weil niemand hinschaut – Open Source lebt von

Peer Review und globaler Expertise.

Der nächste Mythos: “Wer haftet, wenn etwas schiefgeht?” Die Antwort ist simpel: Wer Open Source einsetzt, kann professionelle Support-Verträge abschließen – oft günstiger und flexibler als klassische Hersteller-Wartung. Unternehmen wie Red Hat, SUSE oder Nextcloud bieten Service auf Enterprise-Niveau, inklusive 24/7-Support und Sicherheitsgarantien. Der Unterschied? Falls der Anbieter versagt, kann jede kompetente IT-Abteilung das Projekt übernehmen, weiterentwickeln oder auf einen neuen Dienstleister wechseln. Lock-in? Fehlanzeige.

Und Support? Die Open Source Community ist legendär aktiv. Bugs werden auf Github öffentlich diskutiert, Pull Requests eingereicht, Patches binnen Stunden verteilt. Dokumentation, Foren und Konferenzen sind in einer Qualität verfügbar, von der viele klassische Hersteller nur träumen. Wer sich auf Open Source einlässt, investiert in ein Ökosystem, das von Innovation lebt – nicht von Wartung alter Zöpfe.

Fazit: Open Source ist nicht “billig”, sondern besser. Sicherer, flexibler, transparenter. Wer immer noch von Mythen lebt, will keine digitale Zukunft – sondern seinen Stillstand konservieren.

Technische Voraussetzungen: So gelingt der Open Source Shift in der Regierung

Open Source Regierung klingt radikal, ist aber technisch lösbar – wenn man weiß, worauf es ankommt. Das beginnt mit einer konsequenten Trennung von Daten und Anwendungen. Proprietäre Formate, geschlossene Datenbanken und exklusive APIs sind Gift für jede Migrationsstrategie. Die Devise lautet: Offene Standards, dokumentierte Schnittstellen, Plattformunabhängigkeit. Wer jetzt noch auf proprietäre Dateiformate setzt, hat den Digitalisierungsauftrag missverstanden.

Eine moderne Open Source Architektur für Behörden besteht aus klaren Schichten: Betriebssysteme wie Linux oder BSD als Fundament, Kommunikations- und Kollaborationstools wie Nextcloud oder Matrix, Datenbanken wie PostgreSQL oder MariaDB und Anwendungen, die auf offenen Webtechnologien basieren – von CMS (z.B. Drupal) bis zu Open Data Plattformen mit RESTful APIs. Alles modular, alles austauschbar, alles dokumentiert.

Wichtig: Die Einführung von Open Source bedeutet nicht, alles auf einmal umzukrempeln. Erfolgreiche Strategien setzen auf schrittweise Migration. Pilotprojekte, Proof-of-Concepts und parallele Einführung sorgen dafür, dass der Betrieb nicht zum Erliegen kommt. Die größte technische Hürde ist meist die Datenmigration – aber auch hier gibt es inzwischen spezialisierte Tools, die den Umstieg von Oracle, SQL Server oder SAP in offene Systeme möglich machen.

Und dann ist da noch das Thema Security. Ironischerweise sind offene Systeme oft sicherer als ihre proprietären Pendants. Warum? Weil Fehler schneller gefunden werden, Updates automatisiert verteilt werden können und kein "Security by Obscurity" mehr möglich ist. Wer Open Source professionell betreibt, patcht Sicherheitslücken schneller als jeder Legacy-Anbieter. Das ist keine Theorie, sondern seit Jahren Praxis im internationalen E-Government.

Open Source Plattformen und Tools: Was heute schon Realität ist

Wer glaubt, Open Source sei nur was für Bastler, war in den letzten zehn Jahren offline. Moderne Plattformen liefern alles, was eine Regierung für den digitalen Alltag braucht – und mehr. Hier eine Auswahl der wichtigsten Technologien, die heute schon auf Regierungsebene eingesetzt werden:

- Linux: Das Rückgrat jeder modernen Serverinfrastruktur, mit Enterprise-Distributionen wie Ubuntu LTS, Red Hat oder SUSE für maximale Stabilität und Support.
- Nextcloud: DSGVO-konforme Cloud-Lösung für Dokumentenmanagement, Teamarbeit, Kalender und Kommunikation. Hunderte deutscher Kommunen und Ministerien setzen längst darauf.
- Matrix: Offenes Protokoll für sichere, föderierte Echtzeitkommunikation. Wird von der französischen Regierung und dem Bundeswehr-Chat "BwMessenger" genutzt.
- PostgreSQL/MariaDB: Hochperformante, skalierbare Datenbanken, die jeden proprietären Anbieter technisch locker abhängen.
- Open Data Plattformen mit RESTful APIs: Erlauben Bürgern und Unternehmen, auf staatliche Daten zuzugreifen, eigene Anwendungen zu bauen und Innovation zu fördern. Paradebeispiel: GovData.de.
- CMS wie Drupal oder TYPO3: Modular erweiterbar, barrierefrei, mit voller Kontrolle über Hosting und Customizing – statt Einheitsbrei von der Stange.
- Open Source GIS (z.B. QGIS): Für Geodaten, Stadtplanung und Infrastruktur – längst Standard bei Kommunen weltweit.

Das Entscheidende: Diese Plattformen sind nicht nur kostenlos, sondern bieten vollständige Kontrolle, Anpassbarkeit und Unabhängigkeit. Wer sie einsetzt, entscheidet selbst über Upgrades, Datenschutz und Integrationen – und ist nicht von Blackbox-Lösungen abhängig, deren Lizenzlaufzeit über Leben und Tod ganzer Prozesse entscheidet.

Der nächste Schritt? Konsequente Integration. Offene Schnittstellen (APIs), Identity Management via OpenID Connect oder SAML, containerisierte Deployments mit Docker oder Kubernetes und automatisierte CI/CD-Pipelines für schnelle Updates und Rollbacks. Das ist der Stand der Technik – alles andere ist digitale Steinzeit.

Hürden und Widerstände: Warum Deutschlands Verwaltung trotzdem bremst

Wer die Open Source Regierung will, muss nicht nur Technik, sondern auch Bürokratie, Politik und Mentalitäten hacken. Die größten Bremsklötze sind nicht fehlende Tools, sondern Ausschreibungsrecht, Lobbyismus und Ignoranz. Ausschreibungen werden oft so formuliert, dass nur ein bestimmter Anbieter liefern kann – und offene Lösungen schon im Ansatz aussortiert werden. Begründung: “Kompatibilität”, “Bewährtes System”, “Servicegarantie”. Übersetzt: Angst vor Veränderung und Bequemlichkeit.

Der klassische Vendor-Lock-in ist das Hauptproblem: Jahrzehntelange Bindung an Hersteller, die jedes Upgrade teuer verkaufen und jede Migration mit absurden Kosten belegen. Offene Systeme durchbrechen diese Monokultur – und genau das macht sie unbequem für alle, die von den alten Strukturen profitieren. Hinzu kommt eine Politik, die Digitalisierung gerne als Buzzword missbraucht, aber bei echter technischer Transformation sofort zurückzuckt.

Und dann wären da noch die IT-Abteilungen, die sich vor dem Mehraufwand fürchten. Dabei zeigen Beispiele aus Frankreich, Schweden oder den Niederlanden, dass der Support-Aufwand sinkt, sobald Open Source strategisch eingeführt und gepflegt wird. Es braucht aber Umdenken, Weiterbildung und Mut zur Lücke – und das ist in Behörden selten eine Kernkompetenz.

Fazit: Die Technik ist nicht das Problem. Es sind die Strukturen, Mentalitäten und politischen Spielchen, die Open Source ausbremsen. Wer Zukunft gestalten will, muss diese Blockaden sprengen – sonst bleibt “Digitalisierung” ein Running Gag.

Schritt-für-Schritt: So gelingt die Open Source Transformation in der Verwaltung

Open Source Regierung ist kein Sprint, sondern ein Marathon. Wer glaubt, mit ein paar neuen Laptops oder einer schicken Cloud-Lösung sei es getan, wird böse aufwachen. Hier die wichtigsten Schritte, damit der Umstieg nicht zur Bruchlandung wird:

- Bestandsaufnahme: Welche proprietären Systeme laufen aktuell? Wo ist der größte Hebel für offene Alternativen?

- Stakeholder ins Boot holen: IT, Fachabteilungen, Politik – alle müssen verstehen, warum und wie Open Source funktioniert. Ohne Buy-in bleibt alles Theorie.
- Pilotprojekte starten: Kleine, überschaubare Vorhaben mit Open Source Lösungen umsetzen. Erfolge dokumentieren und kommunizieren.
- Datenmigration planen: Altdaten in offene Formate und Datenbanken überführen. Proprietäre Schnittstellen konsequent abbauen.
- Schulungen und Weiterbildung: IT-Personal auf neue Technologien vorbereiten. Open Source lebt von Know-how, nicht von Klick-Anleitungen.
- Support-Strukturen aufbauen: Interne Kompetenzteams, externe Dienstleister und Community-Support kombinieren.
- Integration und Automatisierung: Schnittstellen, Identity Management, Containerisierung und CI/CD-Pipelines einführen. Ziel: Weniger manuelle Arbeit, mehr Sicherheit.
- Skalierung wagen: Nach erfolgreichen Piloten weitere Bereiche umstellen. Jedes Projekt ist ein Schritt in Richtung Unabhängigkeit.

Die wichtigste Regel: Offenheit beginnt im Kopf. Wer Open Source als Chance statt als Sparmaßnahme begreift, setzt echte Transformation in Gang. Sonst bleibt alles beim Alten – und das ist keine Option.

Fazit: Open Source Regierung – Deutschlands letzte Chance auf digitale Souveränität

Die Zukunft der Verwaltung ist offen – oder sie ist keine. Wer jetzt nicht auf Open Source setzt, wird in zehn Jahren von Staaten überholt, die heute schon konsequent auf offene Plattformen, transparente Prozesse und technologische Eigenständigkeit bauen. Die Alternativen sind digitale Abhängigkeit, Sicherheitsrisiken und Innovationsstau. Mit Open Source können Regierungen nicht nur Geld sparen, sondern ihre digitale Infrastruktur selbst bestimmen, anpassen und schützen. Das ist keine Utopie, sondern in vielen Ländern längst Alltag.

Die deutsche Politik kann weiter Faxgeräte fördern und PDF-Formulare feiern – oder endlich die Weichen für echte digitale Souveränität stellen. Open Source ist kein Risiko, sondern die Brücke in eine Verwaltung, die im 21. Jahrhundert angekommen ist. Wer jetzt nicht handelt, bleibt ewiger Nachzügler im globalen Digitalrennen. Die Zukunft ist offen. Wer sie gestalten will, muss endlich loslegen.